

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

89 (30.3.1919) Unterhaltungs-Beilage zum Karlsruher Tagblatt

Politische Führerauslese.

Von Professor Dr. Willy Hellpach, Karlsruhe. „Mangelhafte Führerschaft“, sagt Walter Rathenau einmal, ist nicht ein zufälliger Fehler, der durch gelegentliche Reformen kuriert werden kann, sondern ein Symptom der tiefsten Erkrankung im Organismus und Aufbau. Wenn ein Baum keine Blüten mehr trägt, so muß man nicht die Zweige, sondern die Wurzeln heilen. In dieser Lage befindet sich seit langem das politische Deutschland. Sein letzter Staatsmännlicher Genius, Bismarck, hat in dämonischem Eigenwillen jeden Versuch auf politischem Führernachwuchs abgelehnt; sein letzter Kaiser, der in die Gattung der problematischen Charaktere und gebrochenen Talente gehörte, hat nichts, was im wirklichen Sinne Führerqualitäten besaß, auch nur unter sich geduldet — und die Nation, unpolitisch durch Veranlagung, war froh, der Sorge um Führernachwuchs überhoben zu sein, solange sie sich pünktlich verhalten sah. So sind wir in den Jahren der Verfallzeit getaumelt; wenn nämlich die berühmten Schulbänke ausgeblättert werden, so wird aus ihnen nichts mit so erspöcklicher Sicherheit hervorgehen, wie unser Mangel an politischer Führung, das völlige Abhandenkommen jedes Restes von Sinn für politische Führung, ja der Verlust des Gefühls für die Pflichten und Möglichkeiten der bescheidensten Erziehungsmittel von politischer, wäre auch nur diese von ausführender Mittelbarkeit gewesen, unser Sturz hätte nicht so tief zu werden brauchen.

Es ist klar, daß die Erholung von solchen Zuständen nicht von heute auf morgen geschehen kann. Sie ist auch nicht durch die oder jene „Einrichtung“ gewährleistet; es hat gar keinen Sinn, politische Führung nur etwa vielschichtig „organisieren“ zu wollen. Langsam, organisch, in unermüdlicher Erziehung- und Selbsterziehungsbearbeitung muß den Deutschen ein neuer Geist wachsen, muß eine politische Gedankenwelt reifen, aus unserm Wesen heraus, in der das heutige eilige Bekenntnis zu den Gedanken anderer, feindsüchtiger Völker wieder überwunden ist. Das Nationalgefühl der Deutschen, wenigstens der neueren, ist ihr Vermächtnis, ihr ewiges Sich-Verlassen auf irgendeine „Innang“, bei der eine Angelegenheit gut aufgehoben sei: ihr Nostalgismus. Für die Führerauslese aber gibt es kein zukünftiges Heilort. Manche Leute scheinen die Schule als solches zu betrachten. Gewiß kann die Schule für die Erkennung und Förderung von Führereigenschaften mangelhaft mehr leisten als bisher. Aber alle Schulreformen werden vergeblich bleiben, wenn sie nicht durch entsprechende Arbeit auf den übrigen Lebensgebieten ergänzt werden. Auch muß die Schulreform selber sich vor schweren Irrtümern hüten, die sie heute schon ihr aufzudrängen suchen. Sie darf a. B. nicht den Aufstieg der Tüchtigen erschweren wollen durch einen Aufstieg der Begabten. Denn Begabung gewährleistet an sich noch keine Führereignung, ganz und gar nicht. In Begabungen hat es uns nicht gefehlt, aber die Führereigenschaften haben ihnen gefehlt, und die liegen im Willensbereich; das Gedächtnis verfehlt sich, sozusagen wie das Moralische, im Führer von selber. Unsere Schule muß also — auf allen Stufen und in allen Spielarten — keineswegs Begabungsschule werden, sondern im Gegenteil Tat-, Arbeits-, Werkschule anstatt Ehrs- und Unterrichtsschule, und in dieser Hinsicht braucht sie nur unbedeutend auf Bahnen zu gleiten, die ihre besten Pioniere schon vor dem Kriege gewiesen und beschritten hatten.

Die im Kern gesunde Idee der Einheitschule will die mächtigen Quellen von ungehinderten Strömen bringen, die in den unteren Volksschichten der Tüchtigenauflese sprudeln und heute oft verfließen und verjähren müssen. Aber die Schule kann das nicht allein. Auch die politischen Einrichtungen müssen in dieser Richtung wirksam werden. Darum kann sich Deutschland den Luxus des reinkultivierten Parlamentarismus nicht gestatten, der nur in Ländern mit Ueberfluß an politischem Geist möglich ist. Es wäre eine unerträgliche Entwertung der Führerauslese, die führenden Männer nur aus der Zahl der Parlamentarier wählen zu wollen; womöglich gar nur aus den Volkstammern. Es wird ja jetzt offenbar, daß wir um die berufsmäßigen Adressaten nicht herumkommen, in welcher „Verankerung“ immer es sei; und aus diesen „Ständekammern“ der Zukunft werden uns für so manche Aufgabe nicht bloß gelegentlich, sondern planmäßig und notwendig die geeigneten Führer wachsen. Offensichtlich muß aber auch der Weg völlig außerhalb der Vertretungssysteme werden. Das Volk als Ganzes muß die Möglichkeit haben, Männer seiner Wahl an führende Stelle zu bringen. Das Bild der Vereinigten Staaten mit ihrer Volkswahl des Präsidenten ist a. B. gegenüber Frankreich sehr lehrreich; es kann nicht zweifelhaft sein, wo die bedeutendsten Persönlichkeiten, vor allem die mächtigsten Willensenergien an die leitende Stelle gelangt sind; die französische Parlamentarische des Staatsoberhauptes ist immer mehr in der Schäre der Mittelmäßigkeit stecken geblieben. Man darf es begründen, daß die neue badische Verfassung für den bescheidenen politischen Aufgangrahmen, den sie umspannt, die Wahlbarkeit der Minister aus dem ganzen passiv wahlberechtigten Volke sicherstellt hat. Schade, daß sie sich dafür die Sicherung einer weiteren Quelle politischen Nachwuchses entgehen ließ: die Ernennbarkeit oder Auswählbarkeit der Minister durch das Staatsoberhaupt oder den Reichspräsidenten, wie sie in den Urformen des Parlamentarismus festgelegt ist. Und sie hat ihre besonderen Vorzüge; sie gewährleistet am besten die Verankerung noch junger politischer Kräfte zur Führung, die im Parlament durch die allgegenwärtigen Parteiführer oft zu lange im Schatten gehalten werden.

Die Auslese der Tüchtigen für die ihnen zukommenden Aufgaben ist der innerste Kerngebanke der Demokratie. Mit seiner Durchsetzung auf allen Etagen des öffentlichen Lebens steht und fällt sie. Alles andere ist mehr oder weniger Mittel zu diesem idealen Zweck. Und alle sogenannten „demokratischen Einrichtungen“ sind von der Verhinderung von Reichgebern ge-

Selbsterhaltung, Republik, Verhältnismäßigkeit, Parlamentarismus und wie sie heißen mögen — sind immer erneut darauf zu prüfen, ob sie jenem Gedanken restlos dienen. Hören sie auf es zu tun, so hören sie auf, demokratische Forderungen zu sein. Denn auch die teuersten Fassadenstücke eines politischen Gebäudes sind unweineslich im Vergleich zu den Quadersteinen seiner Grundmauern. Die Demokratie wird für die Deutschen der Weg zum Besitz politischer Führer sein — oder sie wird nichts sein.

Deutsche Nationalversammlung.

Der Sitzungsbericht.

Weimar, 29. März. Die Sitzung wurde kurz nach 10 Uhr vormittags eröffnet.

Am Ministerialrat Seidemann, Rostke, Schiffer, David, teil.

Die Interpellation Anhalt (D.N.), Dr. Heinze (D.N.) und Gen., die sich gegen die Maßregelung von Beamten aus politischen Gründen richtet, wird nach einer Erklärung vom Reichsfinanzminister Schiffer nach der geschäftsbearbeitenden Frist beantwortet werden.

Es folgt die zweite Lesung des Nachtrags etats und des Notetats.

Über einen Bericht der Reichspräsidenten über die Verträge des Reichspräsidenten mit 100 000 M. vorab, nicht an, sondern trennte persönliche und Sachverhalte und schickte vor dem Reichspräsidenten jährlich 100 000 M. Gehalt zu gewähren und für die mit seinem Amt verbundenen Sachverhalte eine halbe Million Mark auszugeben.

Die Regelung der Personalkosten soll einem besonderen Gesetz überlassen werden. Die Frage der Ministergehälter und Pensionen soll beim ordentlichen Etat geprüft werden. Bei dem Wohnungszuschuß der Minister dürften erhebliche Abstriche erfolgen.

Die Dr. Burlew (Str.): Wir stimmen dem Beschluß des Ausschusses für die ganze Regelung der Ministergehälter für nur vorläufig, und wir werden bei der Beratung des Gesetzes hierüber uns auch mit den Verhältnissen eingehend zu beschäftigen haben.

Die Dr. Laubant (N.S.): Wir lehnen das Gehalt des Reichspräsidenten ab, weil wir diese Kosten nicht nur für überflüssig, sondern für schädlich halten; ebenso wie das Gehalt für die Sachverhalte und Reisen ist hoch. Auch Repräsentationen und Reisen sind unnötig. Der Reichspräsident sollte kein höheres Gehalt bekommen als die anderen Minister. Wir lehnen diese Ausgaben, die eine Verwässerung der kapitalistischen Verfassung bedeuten, ab.

Der Reichspräsident wird hierauf noch dem Ausschussentwurf gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der Gesetzentwürfe über die vorläufige Regelung des Reichshaushaltes und des Haushaltes der Schutzgebiete für 1919 (Notetat).

Die im Spezialrat des Auswärtigen Amtes als Beihilfen zur Verbesserung der Einrichtungen für das Wirtschaftsausschusses-Adressatenwesen zunächst geordneten 50 000 M. werden ohne Erörterung bewilligt.

Im Haushalt des Reichsministeriums des Innern werden zur Unterhaltung des Reichsluftamtes 50 000 M. angesetzt.

Der Reichspräsident (Hessen, D. Wp.) verweist darauf, daß auf den Finanzplan des Reichs und des Reichs noch viele Soldaten unproduktiv beschäftigt sind, statt demobilisiert zu werden. Diese Frage soll im Haushaltsausschuss getrennt besonders geprüft werden.

Die Dr. Gering (Str.) erklärte sich für radikale Demobilisierung. Auf den beiden Fronten wurden für Offiziere und Mannschaften jährlich 50 Millionen Mark ausbezahlt, weil diese Offiziere und Mannschaften bei mit oder nach dem Krieg ihre Demobilisierung verlangten.

Die Dr. Meißner (D. Wp.) tritt ebenfalls dafür ein, daß auf Kosten des Reiches auf den beiden Fronten die Soldaten nicht Millionen für ohne Verwendung werden. Wo bleibt bei alledem der Rechnungshof? Auch in den Kriegeserwartungen bleiben noch manche länger als im Interesse des Reiches nötig ist.

Reichsminister Rostke verweist darauf, daß nach einer Verfügung aus der Zeit des Prinzen Mar jeder Offiziersangehörige berechtigt ist, nach Erklärung der Demobilisierung für seinen Zuspätkommen nach 4 Monate in der Armee zu bleiben. Diese Verordnung war aus der Erwartung hervorgegangen, daß die Demobilisierung sich auf einen recht langen Zeitraum erstrecken würde, eine Erwartung, die durch den Zusammenbruch unseres Heeres vollständig über den Haufen geworfen wurde. In einer großen Anzahl von Städten haben sich aus entlassenen Marineoffizieren und Matrosen besondere Matrosenformationen gebildet, zu denen auch die bekannte Berliner Volksmarine-Division gehört. Soweit die zur Entlassung kommenden Leute keine Arbeit finden, müssen sie aus Reichsmitteln unterstützt werden. In den staatlichen Werkstätten haben sich in einer Anzahl von Betrieben unheimliche Zustände herausgebildet, die zu einer geradezu unermesslichen Verschwendung von Reichsgeldern führen. Auf den beiden Fronten haben sich die Verhältnisse verheerend gebildet. In Kiel wie in Wilhelmshaven wächst die Zahl der Auftrags- und auch die Arbeitslosigkeit. In verschiedenen wirtschaftlichen Pflanzstätten sind die Aufträge unterbrochen. Einzelne haben den mangelfachen Umfang während des Krieges angenommen, und trotzdem verlangen die Arbeiterverhältnisse, von Entlohnungen in diesen Betrieben Abstand zu nehmen. Auch wurde gefordert, daß sämtliche Aufträge von Uniformen an Post- und Eisenbahnern diesen Pflanzstätten zugewiesen würden. Dabei ist die Arbeitsleistung in einer Anzahl dieser Betriebe teilweise so zurückgegangen, daß der Bedarf an Uniformen und Stiefeln für die Freiwilligenverbände der Privatindustrie gedeckt werden mußte. Der Bedarf an Uniformen ist eine Schilbung von den Jutländern in den Spandauer Betrieben, in denen im Januar an 200 000 M. Millionen Mark gezahlt wurden bei einer absolut minimalen Tätigkeit der Arbeiter. Die vorzunehmende Umstellung der Betriebe erfordert natürlich eine gewisse Zeit. Dazu muß aber auch die Autorität der Reichsleitung und der Behörden wieder hergestellt werden, die jetzt vollständig ausgefallen ist. Eine Deputation der Spandauer Arbeiter erklärte mir erst gestern, daß sie durch Anwendung härteren Terrors zum Stillstand gekommen wären. In den nächsten Tagen soll ein Ultimatum der Arbeiter der holländischen Gewerkschaften und Waffenfabrik einreichen, in dem die Abschaffung der dreiwöchentlichen Arbeitsverträge verlangt wird, weil die Ausgaben für diese eine Verengung von Lohngebern darstellt. Auch wird bis zum 8. April die Schaffung einer nur aus gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern gebildeten Volkswacht verlangt. Diesen Forderungen wird von mir nicht entgegen zu werden. Ich werde aber dafür sorgen, daß, wie schon beim letzten Streik, in den staatlichen Betrieben für die Streikende kein Vermiss geachtet wird. Dem aus den Reihen der Arbeiter mir übermittelten Wunsch, es möchte den Streikbetrieben so rasch wie möglich das notwendige Maß von Umstellungsarbeiten zugeführt werden, um wieder produktive Arbeit leisten zu können, wird Rechnung getragen werden, damit die in diesen Betrieben angelegten Gelder wieder nutzbringende Arbeit im Interesse des ganzen Volkes leisten (Rebakte: Weisak).

Die Dr. Hoch (Soa.): Wir hoffen, daß die bevorstehenden Verhandlungen zu einer Verständigung zwischen den Reichsbehörden und den beteiligten Arbeitern führen.

Die Dr. Mumm (D.N.): Rostke hat ein erschütterndes Bild von der Verschwendung von Reichsgeldern ge-

geben. Warum ist nicht schon früher schon dagegen eingegriffen worden?

Hg. Hartmann-Berlin (Dem.): Als Vertreter der deutschen Gewerbetreibenden erkläre ich: Wenn unsere Arbeiter nicht die nötigen Anlaufmittel in Rohstoffen und Geld erhalten, dann wird auch unsere Erzeugung sich nicht heilen. Die überproduzierten Güter, die die Arbeiterkraft von der Arbeit zurückhalten wollen, treiben die Geschäfte des Auslands zum Schaden des Vaterlandes. Möge Rostke dafür sorgen, daß in den staatlichen Betrieben die Kooperationsfreiheit tatsächlich geschieht und gewährleistet wird.

Reichsminister Rostke: Dem letzten Wunsch des Vorredners werde ich selbstverständlich mit allen Mitteln Rechnung zu tragen beruhen.

Der Reichspräsident (Hessen, D. Wp.) begründet hierauf namens des Ausschusses eine Entschließung, daß die Regierung ungehindert einen Plan für die Fortführung auf dem Gebiete der Textilindustrie aufstelle. Der Ausschuss hat die einzelnen Forderungen der Regierung auf diesem Gebiete im Notetat geteilt.

Reichsminister Rostke: Ich hoffe, demnach einen Gesamtplan vorlegen zu können.

Hg. Gering (Soa.): Auf dem Wege zu dem Ziele, uns möglichst unabhängig von der Einfuhr ausländischer Textilrohstoffe zu machen, sind schon erhebliche Fortschritte gemacht worden.

Hg. Gering (Soa.) spricht den Wunsch aus, daß Berlin als Sitz des neuen Textilforschungs-Instituts von vornherein ausgeschrieben wird.

Hg. Gering (Soa.) meint, daß eine allzu starke Zentralisation auf diesem Gebiete nur schädlich wirken könne.

Die Forderung wird geteilt, die Entschließung des Ausschusses angenommen.

Der Etat der Reichsfinanzverwaltung wird bewilligt.

Eine Entschließung des Ausschusses auf Erhöhung der Beiträge der Renten- und Unterhaltungsbeihilfen wird angenommen.

Der Notetat des Reichs sowie der Haushalt der Schutzgebiete werden in zweiter Lesung angenommen.

In dritter Lesung werden der Nachtragsetat und der Notetat ohne Erörterung angenommen.

Die Anstaltskostenverordnung wird nach kurzer Debatte von der Tagesordnung abgesetzt.

Das Haus beschließt Vertagung bis Mittwoch den 6. April mit der Ermächtigung für den Reichspräsidenten, eventuell auf früher wieder zusammen zu kommen.

Schluss nach 1 Uhr.

Die deutsche Republik.

Die Generalstreikgefahr in Württemberg.

(Von unserem Stuttgarter Korrespondenten.)

Stuttgart, 29. März. Seitens der Unabhängigen Sozialisten und der Spartakisten wird auch in Württemberg mit aller Kraft auf einen Generalstreik hingearbeitet, der diese Woche von Tag zu Tag schon ernster wird. Ein Aktionsausschuss des „geingigten Proletariats“, hinter welchem Namen sich diesmal die radikalen Kreise bedecken, veranstaltet in den Fabriken Abstimmungen unter Umständen, die jeden Widerstand ausschließen und daher wenigstens in Stuttgart in den großen Betrieben überall für den Streik ausfallen, und fordert öffentlich zum Generalstreik für einen gewissen gehaltenen Tag. Wie es dabei mit dem „geingigten Proletariat“ steht, zeigt nicht bloß die überwiegende Haltung der Arbeiter draußen im Land, sondern auch die ungenügende Erbitterung, mit der ein Kampf gegen die dem Streik entgegenarbeitende Reichsstaatspolizei geführt wird.

Parlei, Gewerkschaften und A. S. W. und S. Mäte warnen bereit, u. doch scheint es, als ob sie wenigstens in Stuttgart, die Sache nicht mehr aufhalten könnten. Das Ziel des Streiks ist rein politisch: Absetzung der Regierung, Befreiung der angeklagten Spartakistenführer, deren Prozeß jetzt auf 11. April angesetzt ist, Aufhebung des Berufsverbotgesetzes, Kundgebungen. Die mehrheitspolitischen Arbeiter haben der Regierung eine Reihe verhältnismäßig hoher Forderungen unterbreitet, an deren Spitze die sofortige geistliche Sicherstellung der Betriebsräte und die beschleunigte Veranlassung der Gemeindefragen steht. Diese Forderungen hat die Regierung angenommen. Die Gemeindefragen wurden für Stuttgart auf Sonntag, 18. Mai, festgelegt. Ob die im Gang der Ereignisse noch beeinflussen, ist fraglich.

Die Sozialisierung.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 29. März. Am 20. März überreichte die Sozialisationskommission der Regierung ihr vorläufiges Gutachten über die Sozialisierung der Volkswirtschaft. Bei der starken Begegnung unter den Führern erzielte eine schärfere Verfeinerung dieses Gutachtens, damit es als Grundlagede für die öffentliche Erörterung der zentralen Maßnahmen dienen könne.

Die Sozialisierung der Presse in München.

(Eigener Drahtbericht.)

München, 29. März. Die Sozialisierung der Presse wird mit außerordentlichem Nachdruck betrieben. Am Sonntag findet im Ministerium für Handel und Gewerbe bereits eine vom Reichsministerialrat veranlassete Beratung über die Sozialisierung der Presse statt.

Die Streiklage im Reich.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 29. März. Von ausländischer Stelle wird gemeldet: Die Streikbewegung im Reich hat sich seit vorgestern verheerend. In Industriegebiet wird neben der bekannten wirtschaftlichen Forderung auf Einführung der 8-Stunden-Arbeit die Lebensmittelversorgung, als die miserabelste bezeichnet, als äußerster Anlaß zu den neuen Streiks angesetzt. Aus Duisburg wird berichtet, daß wenn die Lebensmittelversorgung sich nicht bessere, die Lage unheilbar werde. In Dortmund tritten fast alle großen Werke, auf etwa 50 Betrieben des Dortmunder Reviers ist die be-

fürte Arbeitszeit abhaltung einzuführen worden. Es ist angedeutet worden, daß die ersten vom Auslande herbeikonmenden Lebensmittel dem Industriegebiet zugeführt werden.

Die sächsischen Eisenbahnen.

(Drahtmeldung unseres Dresdener Korrespondenten.)

Dresden, 29. März. Die sächsische Konferenz der Regierung mit sächsischen Parlamentarier sprach sich am 28. März für die Uebernahme der sächsischen Staatsbahnen an das Reich aus, wenn u. a. Sicherheit für den weiteren Ausbau sichergestellt wird.

Bauernstreik in Sachsen.

(Drahtmeldung un. Dresdener Korrespondenten.)

Dresden, 29. März. 26 landwirtschaftliche Vereine des Freiberger Bezirks beschließen, die Mähererforderung, Milch an Mäherern zu liefern, nicht zu erfüllen; wird ein Randstreik beabsichtigt, dann werden sämtliche Randmilche des Bezirks sofort jede Milchlieferung einstellen. Die Regierung verlangt jene Mähererforderung, um den Milchgleichhandel abzuwehren.

Unter der vorläufigen badischen Regierung.

Untere Postbeamte.

Der Bezirksverein Karlsruhe des Verbandes der unteren Post- und Telegraphen-Beamten hielt kürzlich in Karlsruhe seinen Bezirksstag, wozu 31 Vertreter der Ortsgruppen und Verbandsvorstandsmitglieder (Freiburg) erschienen waren. Der Verein zählte am Jahresende 1918 insgesamt 1717 Mitglieder und hatte im verfloffenen Jahre 63 Todesfälle von Mitgliedern und 23 Todesfälle von Ehefrauen von Mitgliedern zu verzeichnen.

Nach Abklärung des Geschäfts- und Kassenberichts und der Wahl der Vorstandsmittelglieder und Marschordnen zum Verbandstag wurden folgende Punkte einstimmig angenommen:

Die Einführung des Achtstundentages wurde bekräftigt, jedoch sollten auch die Parteizeit für Pferde bei fahrenden Landbriefträgern mit eingerechnet und der Sonntagsdienst noch mehr beschränkt werden. Es sollten die Ausschleifer, die eine längere Dienstzeit hinter sich haben, als Vorkosten, sowie mehrere Kreisinspektoren angestellt werden, damit die weiblichen Hilfskräfte (auch in den mittleren Beamtenstellen) verschwinden, um diese Stellen sowie den Abfertigungs- und Entfaltungsdienst den höheren unteren Beamten zu übertragen.

Die Landbriefträgerstellen mögen aufgehoben und in Briefträger- oder Postfachstellen umgewandelt werden.

Die Anwesenheit der Postboten sollen so bemessen werden, daß diese in ihrer befristeten Lage eine Verbesserung erfahren. Ebenfalls sollen die Nachdienstleistungen gleichmäßig den unteren, wie den mittleren Beamten bezahlt und die Nachdienststunden bis morgens 7 Uhr berechnet werden.

Der Wohnungsneubau soll dem der mittleren Beamten gleichgestellt werden, da nachgefordern machen untere Beamte größere Familien haben und aus finanziellen und hygienischen Gründen neuwonen sind, ebenso große Wohnungen an nehmen und die gleiche Miete zu bezahlen, wie Beamte mit höherem Wohnungsaufschlag.

Der Urlaub für untere wie für mittlere Beamten soll gleichmäßig nach dem bestimmten Lebensalter bemessen werden.

Die bereits seit 1914 vom Reichstatos beschlossene Gehaltserhöhung der Oberpostkassierer um 100 Mark mögen von diesem Zeitpunkt ab nachgezahlt und endlich das Höchstgehalt auf 2900 Mark gesetzt werden.

Da die Veranlassung nicht in der Lage ist, Dienstfelder zu beschaffen, veranlaßt die Veranlassung rüchwendig und laufend eine jährliche Veranlassung von Kopf von 300 M. bis zur Abklärung der Gehaltsreform.

In den Reichsstellen der Oberpostdirektionen soll eine Vertretung der unteren Beamten einseitig werden, die jederzeit beraten und beratend mitwirken. Alle diese Beschlüsse und Wünsche sollen dem Verbande übergeben werden, der an maßgebender Stelle dafür eintreten soll, daß sie zur Durchführung kommen.

Vom Schluss sprach Verbandsvorstandsmitglied Dorel-Kreuzburg über Verbandsreform.

Bürgerliche Wohnhäuser.

Prof. A. Reumeyer.

Die Vorschläge für Ausführung von Arbeiterwohnhäusern, Kleinwohnungen, sind für alle Ecken und Enden der Stadt hervor. Wo bleiben aber die Siedlungen und Wohnstätten für den Bürgertum, für den mittleren und kleinen Anstehenden und Beamten? Für sie ist die Wohnungsfrage mindestens so dringlich wie für den soa. kleinen Mann, den Arbeiter.

Es war eine derartige Siedlung für den Waldwäld hinter der Grenoblerstraße und der Rabelmannstraße geplant. Man hat aber zuerst nichts mehr von der endgültigen Ausführung oder Anariffnahme dieses Planes. Am Gegenteil ist verlaufen, daß diese so nötige Siedlung nach den hinteren Weilerändern (hinter dem Stefanienbad und der Apfelallee am Wald) verlegt werden soll. Das wäre nicht erzieulich, denn es würde dadurch der Hauptweg, Beschaffung billiger Wohnstätten in guter Verkehrszone nicht erreicht werden. Die hinteren Weileränder liegen weit ab von jeder Straßenbahnverbindung und das tiefe Gelände erfordert umständliche Fundierung und Ankaufhaltung bei verhältnismäßig hohem Grunderwerb. Außerdem liegt dieser Stadtteil an weit ab vom Verkehrsmittelbunt und dem Mittelbunt der Stadt.

Bei dem Gelände hinter der Grenoblerstraße fallen diese Nachteile vollständig fort: Das Gelände hat vorzügliche Verkehrsverbindung durch die Straßenbahn, es bietet keinerlei Schwierigkeiten für die Veranlassung, es ist vom Staat billig zu erhalten (da es sich um ein dem Allgemeinwohl dienendes Unternehmungen handelt) und es liegt außerordentlich günstig nahe am Verkehrsmittelbunt und dem Stadtbüchsen. Wo also diese Siedlung an einen für sie nicht für andere Siedlungen unangünstigen Ort verweisen, wo der günstigste Ort ohne Schwierigkeiten zu benutzen ist!

Auch ein anderer Geländeanteil bei der Grenoblerstraße harzt noch der Anariffnahme, das ist der Teil der Agerne zwischen Mollstrasse und Maxarabahn. Dieses Gelände, ausflutige Pavillien, ist mit Stangenholz und Gebüsch bepflanzt und ist ausweit eine Abwehranlage für alle mögliche. Am letzten Bürgertumskreis ist die alte Anreanna erhalten worden, diesen nutzlosen Platz an Kleinrenten bezauglichen, für die ein Bedürfnis vorhanden ist. Die Niederlegung des sächsischen Baumwuchses ist seine Waldbeinträchtigung, wie es übrigens auch die Entfernung des Waldwäldes hinter der Stefanierstraße nicht ist. Beide Waldteile können als Ersatzungsmittel für die Bevölkerung nicht in Betracht und ihr Fortfall bringt nur Vorteil. Aber wenn die Kleinrenten an der Mollstrasse-Maxarabahn geschaffen werden sollen, dann ist es dann höchste Zeit, denn die Zeit für die Errichtung und Veranlassung von Substanz hat bereits begonnen. Wird mit der Schaffung dieser Kleinrenten noch länger erwartet, so wird es für ihre Veranlassung in diesem Jahr zu spät.

und allein der junge König Ludwig II., der, unglücklich über die erfolglose Kriegspolitik seines Vaters, d. h. gestorben, nun...

als die entsetzliche Periode der aufsteigenden Zentrumsbewegung gekennzeichnet. Und daselbst ist jeder Grundgedanke...

Selbsterlösung.

Die Selbstlösung müssen sich dem Schicksal beugen, niemals aber die Schicksal. Die Selbstlösung ist die Lösung der...

Der eigene Wille und das Schicksal stehen sich gegenüber. Und das Schicksal ist die Lösung der...

Die Vorbereitung ist die Vorbereitung der Seele. Die Vorbereitung ist die Vorbereitung der Seele...

Die Vorbereitung ist die Vorbereitung der Seele. Die Vorbereitung ist die Vorbereitung der Seele...

Zwölftalermerkmale aus alter und neuer Zeit.

Die Zwölftalermerkmale sind die Merkmale der alten und neuen Zeit. Die Merkmale sind die Merkmale...

Die Merkmale sind die Merkmale der alten und neuen Zeit. Die Merkmale sind die Merkmale...

Die Merkmale sind die Merkmale der alten und neuen Zeit. Die Merkmale sind die Merkmale...

Die Merkmale sind die Merkmale der alten und neuen Zeit. Die Merkmale sind die Merkmale...

Die Merkmale sind die Merkmale der alten und neuen Zeit. Die Merkmale sind die Merkmale...

Die Merkmale sind die Merkmale der alten und neuen Zeit. Die Merkmale sind die Merkmale...

Der ab 1. April dieses Jahres in Kraft tretende

60 Prozent. Frachtzuschlag

empfiehlt den verehrlichen Versendern von Gütern aller Art mehr als zuvor in ihrem eigensten Interesse die ausgiebigste Benützung meiner

Sammelladungs-Verkehre

ab Karlsruhe direkt und indirekt nach allen Richtungen des Deutschen Reiches wie z. B.

Berlin, Hamburg, Lübeck, Danzig, Königsberg, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Breslau, Hannover, Frankfurt a. M., München, Nürnberg etc.

Anfordern Sie Uebernahmebedingungen mit Preis, damit Sie sich von den gebotenen Vorteilen überzeugen können.

Für Auslands-Transporte

jeder Art verlangen Sie besonders vorteilhafte Uebernahmen ab hier oder umliegenden Stationen bis zu jedem Bestimmungsort.

Internationales Speditionshaus **CARL LASSEN** Frachten :: :: Ankunftsbüro.

Kaiserstraße 100. Fernsprecher 5233.

Wir sind Käufer

aller Arten Elektromotoren (auch verbrannte u. defekte) in Gleich-, Dreh- u. Wechselstrom.

Elektr. Maschinen Transformatoren und Apparate

werden schnellstens repariert oder umgebaut.

Anfertigung neuer Kollektoren, Stern dreieckschalter u. Anlasser promptest.

Württembergischer & Haas

Elektrotechnische Fabrik

Telef. 3039 Karlsruhe i. B. Liststr. 5.

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstraße 34, 1. Treppe. Tel. 1846.
Frühjahrs- und Seiden-Mäntel
Seiden- und Mohr-Jacken
Jackenkleider, Röcke, Blusen
Seiden- und Voilekleider
Konfirmanden- und Kinderkleider.
Billige Preise Keine Ladenspesen.

Vergrößerungen
in erstklassiger Ausführung auch nach schlechten Vorlagen liefert Ihnen
Samson & Co.
Atelier für moderne Photographie
Kaiserpassage 7 Ruf 547
Aufnahmen jeder Art in nur bester Ausführung.

Karlsruhe - Eintrachtsaal
Sonntag, den 6. April 1919, abends 8 Uhr,
Lustiger Busch-Abend
veranstaltet von dem bekannten Busch-Rezitator
Claus Weristes
Karten zu Mk. 3.—, 2.—, 1.50, 1.—, in der Musikalienhandlung **Fritz Müller**, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße. Telefon 388.

Städtisches Konzerthaus
Sonntag, den 30. März 1919.
Vorstellung des Bad. Landestheaters.
Sondervorstellung zu ermäßigten Preisen.
Das Konzert.
Lustspiel in drei Akten von Hermann Bahr.
Anfang 2 Uhr. Ende 1/2 5 Uhr.
Sonntag, den 30. März 1919.
Vorstellung des Bad. Landestheaters.
68. Sondervorstellung.
Carmen.
Oper in 4 Akten von H. Meilhac und L. Halévy. Musik von Georges Bizet.
Anfang 1/2 7 Uhr. Ende gegen 1/2 10 Uhr.
Konzerthaus.
Der Vortrag von Fritz Droop über „Gefallene Dichter“ findet Sonntag den 6. April, vormittags 1/2 12 Uhr, im Konzerthause statt. Anschließend werden Frau Germaitz und Herr Bärner Gedichte der Gefallenen zum Vortrag bringen.

Infolge günstiger Abschlüsse kann ich noch zu sehr mäßigen Preisen anbieten:

Möbel!

Schlafzimmer
tannen, hell eichen u. nußbaum lackiert,
eichen hell und mittel gebeizt, nußbaum poliert.

Wohnzimmer
nußbaum und eichen.

Speisezimmer
eichen, in allen Faibarten.

Küchen
lackiert und pitcipine

Einzelmöbel:
kompl. Betten, Schränke lackiert u. poliert,
Vertikos, lackiert, poliert u. eichen, Tische, Stühle, Spiegel, Flurgarderob., Klavierstühle, Ziertische, Fußschemel, Plüschsofas (Friedensware), Chaiselongues.

S. Krämer
Möbel- u. Bettenhaus
30 Kaiserstraße 30
Telephon 778
neben Hotel Erbprinz.

Gekaufte Möbel werden kostenlos zurückgestellt bis zur Abnahme.
— Eigene Schreiner- und Poisterwerkstätte. —

Dentist Eugen Matt
von der Reise zurück.
Douglasstraße 18 Telephone 3805.

Ha-Be
Haarfärbemittel
„Aureol“
„Kascha“
„Jaukes, Zufriedenheit“
Haarfarbe - Wiederhersteller
Joergers Haarbalsam
Seegers Haarfarbe
Haarfarbe Rabot
„20 Jahre jünger“
und andere empfiehlt
H. Bieler
Parfümerieladen
Kaiserstraße 223
zwischen Douglas- u. Hirschstr.

Versilbern
von Tischbestecks und Tafelgeräten, Vergolden, Vernickeln, Verkupfern, Vermessingen, Metallfärbungen.
Chr. Fr. Müller
Rappurstraße 32.
Eiendeweis wird die Waage mit dem la
Waschpulver Juv
Lieferung durch **Besta-Perzentrtrieb**
Karlsruhe, Berrenstr. 60.
Hanfbindfaden
Zattler- u. Schuhmacher-
garn, Hanfgarn etc.
hat beugungsbeiträge ab-
zugeben
Emil Steinberg,
Rüchgen, Blumenstr. 5
**Handschriften-
Deutung!**
Graphologie gibt nach Ein-
sendung von 15-20 Seiten
unvollständiger Handschrift
und 2-15 Auskünfte
über den Charakter des
Schreibers. Wichtig für
die Zukunft. Gattenwahl
u. m. Wissenschaftliche Be-
gründung d. Urteils 1 M.
Oskar Leus, Hausen i. W.
Baden

Wohltätigkeits - Vorstellung
zugunsten der Kriegsblinden.
Gemeindehaus: **Blücherstr. 20.**
Dienstag, den 1. April 1919, 1/2 8 Uhr:
„Die zärtlichen Verwandten“.
Lustspiel in 3 Aufzügen v. R. Benedix.
Leitung: **Bruno Schönfeld**, Mitglied des Badischen Landestheaters.
Preise der Plätze: Mk. 3.—, 2.—, 1.—.
Vorverkauf:
Schuhhaus H. Landauer, Kaiserstraße 183.

Soolbäder
Friedrichsbad, Kaiserstraße 136.

zur Anregung der Hauttätigkeit von ärztlicher Seite gerne und häufig empfohlen gegen sämtliche Formen der Scrofulosis, wie sie sich durch Hautausschläge, Geschwüre, Knochenauftreibungen Drüsenanschwellungen und Augenentzündungen darbieten. ebenfalls gegen Rheumatis und Bleichsucht der Kinder, im

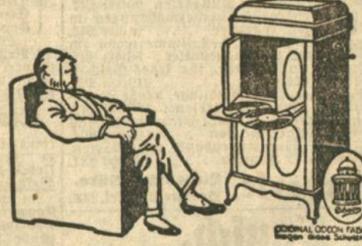
Große Auswahl in
Schlafzimmer
Mahagoni Eiche Nußbaum



Spelse- und Herrenzimmer, Küchen
Vorteilhafte Preise!
Möbelhaus
Maier Weinheimer
Karlsruhe 32 Kronenstraße 32
Gekaufte Möbel werden kostenlos zurückgestellt.

Eintrachtsaal Karlsruhe
Montag, den 7. April 1919, abends 7 1/2 Uhr
Klavier-Abend
Elisabeth Moritz
Vortragsfolge:
1. Beethoven: Sonate op. 31, Nr. 3, Es-Dur.
2. Brahms: Sonate op. 5, F-Moll.
3. Schumann: Symphonische Etuden, op. 13.
Konzertflügel Bechstein aus dem Lager Schweigut.
Karten zu Mk. 4.—, 3.—, 2.— in der Hofmusikalienhandlung **Fr. Doert** (Tel. 638) und an der Abendkasse.

Odeon-Musikhaus Karlsruhe
Kaiserstraße 175. Telephone 339.



Hotel Kaffee Erbprinz
Jeden Sonntag von 11-1 Uhr
großes Frühschoppenkonzert.
Erbprinz-Diele
Täglich abends Auftreten erster Künstler.
Sonntags Anfang 1/2 5 Uhr.

Zum Rheingold
Waldhornstr. 22 ., Waldhornstr. 22.
Gut bürgerliches, solides
Wein- u. Bier-Lokal
— Neu renoviert. —
Bekannt vorzügliche Weine
Gute Küche. — Printz-Bier.

Teehaus Rondellplatz
feinstes Familienkaffee am Platze.
Jeden Abend und Sonntag nachmittag
Künstler-Trio
von Bretschger.